



**Renate Geuter**  
Mitglied im  
Niedersächsischen Landtag

Informationen über meine politische Arbeit im Landtag und im Wahlkreis

Ausgabe 3 - August 2012

**Inhalt:**

Nitratbelastung in Niedersachsen:	2
Podiumsdiskussion zu Tierhaltungsanlagen	2
Meine Tätigkeiten im Landtag	2
Überdüngung durch Gülle und Kot	3
Neue Reden im Landtag	3
Zweifel an der Wirksamkeit von Abluftanlagen für Mastställe	4
Heute schon gelacht?	4
Finanzpolitische Vorstellungen der SD-Landtagsfraktion	5
Solide Haushaltspolitik für soziale Gerechtigkeit	6
Cloppenburg Genossen besuchen Blisterzentrum	6
SPD-Landespolitiker bei Kornkraft zu Besuch	7
Budgetrecht des Parlaments methodisch ausgehöhlt	8
Nichts Neues in Sachen Erdverkabelung	8
Zinsbegrenzung für Dispokredite, kostenloses Girokonto für Finanzschwache	9
Dialog Regierungsprogramm	9
SPD Abgeordnete informierten sich über Bürgerwindpark Scharrel	10
Rekommunalisierung von Netzen	10
Renate Geuter und Axel Brammer trafen sich am „Preußen-Stein“	11
Pfiffig: Der Plakatagenerator	11
Förderschulen fehlen sozialpädagogische Fachkräfte	12
Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl 2013	12
Jahressteuergesetz 2013 sieht kürzere Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Steuerrecht vor	13
Bewertungsaufwendungen anlässlich der Veranstaltungen des Clubs 2013 steuerlich absetzbar?	13
Anfragen Juni bis August 2012	14
Impressum	14

*Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Damen und Herren,*

*ich freue mich, euch/Sie mit einem neuen Newsletter über meine politische Arbeit im Niedersächsischen Landtag und im Wahlkreis zu informieren.*



*Im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit als Landtagsabgeordnete, als Ratsfrau der Stadt Friesoythe und als Vorsitzende der SPD im Landkreis Cloppenburg bin ich sehr daran interessiert, eure/Ihre Fragen, Anregungen oder Meinungen zu erfahren. Eure/Ihre Informationen helfen mir, Politik nachvollziehbarer und bürgernäher zu gestalten. Gleichzeitig liegt mir viel daran, möglichst viele Aspekte eines Sachverhaltes bei Entscheidungsprozessen vor Ort oder in Hannover einzubeziehen und abzuwägen. Am einfachsten erreicht/en ihr/Sie mich per Mail unter [kontakt@renate-Geuter.de](mailto:kontakt@renate-Geuter.de)*

*Weitere Informationen über meine politische Arbeit stehen auf meiner Internetseite [www.renate-Geuter.de](http://www.renate-Geuter.de)*

*Herzliche Grüße  
Eure/Ihre*

**Renate Geuter**

**Geuter auf aussichtsreichem Listenplatz**



**Hamel.** Auf dem Landesparteitag der SPD Niedersachsen in Hameln wurde die Landesliste für die Landtagswahlen am 20. Januar 2013 festgezurr. Renate Geuter steht auf dem zehnten Listenplatz.

Am Rande des Parteitages bot sich die Gelegenheit für ein Foto mit dem Spitzenkandidaten Stephan Weil.

[www.stephan-weil.de](http://www.stephan-weil.de)

## Nitratbelastung in Niedersachsen: 62% der Fläche in schlechtem Zustand

**Hannover.** Renate Geuter, Agrarpolitikerin der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, begrüßt, dass die Landesregierung endlich Handlungsbedarf beim Abbau der Nitratbelastung des Trinkwassers sieht. Die SPD-Fraktion kritisiere schon seit Jahren, dass die Grundwasserbelastung zu hoch sei. „Es ist nur der EU zu verdanken, dass sich in Niedersachsen endlich etwas bewegt“, erklärte Renate Geuter.

So habe der Umweltminister eingestehen müssen, dass Niedersachsen die Vorgaben der Gewässerrichtlinien nicht termingerecht einhalten könne und eine Verlängerung bis 2027 erbete. Nach Kenntnisstand der SPD-Fraktion seien seit den neunziger Jahren annähernd 300 Millionen Euro aus Steuergeldern investiert worden, um das Problem in den Griff zu bekommen. „Trotz anfänglicher Erfolge zeigt das

Gesamtergebnis, so funktioniert es nicht. Die freiwilligen Maßnahmen der Landwirtschaft sind ein stumpfes Schwert. Auch das landwirtschaftliche Fachrecht konnte nicht verhindern, dass die Nitratbelastung über Jahre zugenommen habe und nun unser Trinkwasser gefährde“, so Geuter.

Der Absicht, die Gülle in andere Regionen Niedersachsens umzuverteilen, stelle kein Allheilmittel dar. Die ökonomischen und ökologischen Grenzen für diesen ‚Gülle- und Wirtschaftsdünger-Tourismus‘ sind nahezu ausgereizt. „Die SPD-Fraktion wird einen Entschließungsantrag einbringen, in dem einheitliche Standards für den qualifizierten Flächenachweis gefordert werden und ein Maßnahmenpaket benannt wird, mit dem die Nitratbelastung vermindert werden kann“, kündigte Renate Geuter an.

## Podiumsdiskussion zu Tierhaltungsanlagen



**Damme.** Die Oldenburgische Volkszeitung hatte in Damme zu einer Veranstaltung rund um das Thema Tierhaltungsanlagen eingeladen. Das prominent besetzte Podium diskutierte vor rund 300 Gästen sehr kontrovers.

Renate Geuter betonte, dass an klaren Regelungen für eine restriktivere Steuerung von Tierhaltungsanlagen kein Weg vorbei führt.

## Meine Tätigkeiten im Landtag

- Mitglied im Ausschuss für Haushalt und Finanzen
- Mitglied im Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“
- Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
- Mitglied im Fraktionsvorstand der SPD Landtagsfraktion
- Haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

# Überdüngung durch Gülle und Kot wirksam verhindern - Umweltbelastung reduzieren - Güllekataster einführen

Rede von Renate Geuter im Niedersächsischen Landtag am 22.06.2012

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Grundwasser ist die wichtigste Ressource zur Gewinnung von Trinkwasser und ist daher vor Belastungen zu schützen. Wir haben in Niedersachsen in den letzten Jahren allerdings die Entwicklung erlebt, dass durch eine weitere Intensivierung der Tierproduktion, durch den Boom des Wirtschaftszweigs Biogas, durch einen erheblichen Grünlandumbruch, durch eine Zunahme des Maisanbaus und durch eine Zunahme des Wirtschaftsdüngers die Situation entstanden ist, dass auf etwa 70 % der Flächen zumindest punktuell die Nitratgrenzwerte überschritten werden.

Niedersachsen verstößt damit gegen die Grenzwerte der EU-Rahmenrichtlinien im Wasser- und im Nitratrecht und auch gegen die bundesgesetzlichen und niedersächsischen Regelungen, die allesamt ein Verschlechterungsverbot vorsehen. In der Region Weser-Ems, aus der ich komme, stellen wir sogar fest, dass die Entwicklung konträr zu den Regelungen verläuft. Wir hatten in den letzten Jahren gerade bei den Wasserwerken einen Anstieg zu verzeichnen, die ich besonders gut kenne, nämlich Thülsfeld und Großenkneten.

Es ist unstrittig, dass wir ein zusätzliches ordnungsrechtliches Instrumentarium benötigen. Wir müssen aber auch über die bisherigen Umsetzungsdefizite diskutieren und sie verbessern. Die Landwirtschaftskammer Weser-Ems hat diese Umsetzungsdefizite in den letzten Wochen und Monaten gegenüber einigen Landkreisen selbst bestätigt.

Vor dem Hintergrund hat es uns besonders irritiert, dass der niedersächsische Umweltminister auf eine Anfrage, in der es um die Umsetzung der Wasser-Rahmrichtlinie und anderer Richtlinien ging, vor gut einem Monat geantwortet hat: „In Niedersachsen wird die gute fachliche Praxis beim Düngen durch die konsequente Umsetzung der Regelung der Düngeverordnung umgesetzt.“ Meine Damen und Herren, ich glaube, wir helfen niemandem damit, wenn wir die Realität so ausblenden.

Der niedersächsische Landwirtschaftsminister ist da schon weiter. Er hat erklärt: Niedersachsen als eines der Bundesländer mit einer hohen Viehdichte und einer großen Anzahl von Biogasanlagen in einigen Regionen hat eine besondere Verantwortung. Wir wollen hier beispielhaft vorangehen. - Herr Minister, bei Ihnen passen die Worte nur nicht ganz mit den Taten zusammen.

...

Auf das Wichtigste hat die Landwirtschaftskammer in einem Schreiben an einen der beiden Landkreise meines Wahlkreises hingewiesen. Die Landwirtschaftskammer hat es als den größten Mangel dieser Verordnung beschrieben, dass allein das Verbringen von Nährstoffen dokumentiert wird, es aber keinen Ansatz einer Prüfung gibt, ob ein solches Verbringen auch nach den Grundsätzen einer bedarfsgerechten Verwertungsmöglichkeit erfolgt...

Die komplette Rede finden Sie **hier**:

[www.renate-geuter.de/content/369500.php](http://www.renate-geuter.de/content/369500.php)

## Neue Reden im Landtag

*Klicken Sie auf den Link, um die Reden Renate Geuters im Internet zu lesen.*

- 19.07.2012: Zinsbegrenzung für Dispokredite, kostenloses Girokonto für Finanzschwache - Landesregierung soll nachhaltige Impulse setzen für die Stärkung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken <http://www.renate-geuter.de/content/370555.php>
- 18.07.2012: Initiative für schlechte Schule - Bildungsabbruch statt Bildungsaufbruch bei Rot-Grün <http://www.renate-geuter.de/content/370556.php>
- 22.06.2012: Überdüngung durch Gülle und Kot wirksam verhindern - Umweltbelastung reduzieren - Güllekataster einführen <http://www.renate-geuter.de/content/369500.php>
- 22.06.2012: Zinsbegrenzung für Dispokredite, kostenloses Girokonto für Finanzschwache - Landesregierung soll nachhaltige Impulse setzen für die Stärkung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken <http://www.renate-geuter.de/content/369499.php>
- 20.06.2012: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse in Niedersachsen <http://www.renate-geuter.de/content/367144.php>
- 20.06.2012: Solide Haushaltspolitik für soziale Gerechtigkeit statt Förderung von Schattenhaushalten - Konsequenzen aus dem Bericht des Landesrechnungshofes ziehen <http://www.renate-geuter.de/content/367143.php>

## Zweifel an der Wirksamkeit von Abluftanlagen für Mastställe wegen hoher Beanstandungsquoten

**Landkreis Oldenburg/Landkreis Cloppenburg.** Die LUFA Nordwest, ein Unternehmen der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, beanstandete 2010 und 2011 70 Prozent der überprüften Abluftreinigungsanlagen bei Schweine- und Geflügelställen. In den letzten Monaten machten die zuständigen Behörden häufig das Vorhandensein von Abluftreinigungsanlagen zur Bedingung für die Genehmigung für Neubauten von Schweine- und Geflügelställen.

Grund hierfür ist die in vielen Regionen Niedersachsens bestehenden Vorbelastungen durch eine massive Konzentration an Mastställen. Vor diesem Hintergrund und nach Bekanntwerden der LUFA Nordwest Beanstandungen, wollte die hiesige SPD Landtagsabgeordnete Renate Geuter von der niedersächsischen Landesregierung wissen, welche gesetzlichen Anforderungen für die Überwachung dieser Anlagen bestehen und wer deren Einhaltung kontrolliert.

Aus der Antwort der Landesregierung geht hervor, dass im Immissionsschutzrecht keine Anforderungen hinsichtlich einer spezifischen Sachkunde für den Betrieb einer Abluftreinigungsanlage in einer Tierhaltungsanlage enthalten sind. „Ob und in welchem Umfang weitergehende Anforderungen gestellt werden, bleibt jeder Genehmigungsbehörde selbst überlassen, es gibt dafür keinerlei Mindeststandards“ stellt Renate Geuter fest.

„Bei einer derartig hohen Beanstandungsquote kann die Landesregierung eigentlich selbst nicht an ihre Aussage glauben, dass bei Ausschöpfung der

gesetzlichen Möglichkeiten der ordnungsgemäße Betrieb einer Abluftanlage auf der Basis des geltenden Rechts sichergestellt werden kann“ mutmaßt die Abgeordnete. Sie sieht offensichtlich inzwischen selber Bedarf, denn um zukünftig sicherzustellen, dass verstärkt Abluftreinigungsanlagen in der Tierhaltung zum Einsatz kommen, die ihre Eignung und Langzeitfunktionsfähigkeit nachgewiesen haben, ist ein gemeinsamer Erlassentwurf des mehrerer Ministerien zum Stand der Technik von Abluftreinigungsanlagen in Tierhaltungsanlagen im Anhörungsverfahren. Mit dem Erlass soll auch sichergestellt werden, dass nur qualitätsgesicherte und eignungsgeprüfte Abluftreinigungsanlagen zum Einsatz kommen.

„Wie kann es sein, dass bis dato Anlagen im Betrieb sind, deren Wirkung gar nicht nachgewiesen ist“, wundert sich die hiesige SPD Landtagsabgeordnete Geuter.

Im Rahmen der Umsetzung der Industrieemissions-Richtlinie (RL 2010/75/EU) in nationales Recht bis zum 06.01.2013 werden die Anforderungen an die Überwachung von Anlagen noch weiter verschärft werden, so die Landesregierung in ihrer Antwort. „Auch hier muss man sich fragen, warum man nicht schon eher reagiert hat, denn schließlich scheint das Problem von nicht einwandfrei arbeitenden Abluftanlagen doch schon länger bekannt gewesen zu sein“, kritisiert Geuter.

Die Anfrage inklusive Antwort der Landesregierung im Wortlaut finden Sie **hier**:

[www.renate-geuter.de/content/367152.php](http://www.renate-geuter.de/content/367152.php)

### Heute schon gelacht?

Ein Taxi-Passagier tippt dem Fahrer auf die Schulter, um etwas zu fragen. Der Fahrer schreit laut auf, verliert die Kontrolle über den Wagen, verfehlt knapp einen entgegenkommenden Bus, schießt über den Gehsteig und kommt wenige Zentimeter vor einem Schaufenster zum stehen. Für ein paar Sekunden ist alles ruhig, dann schreit der Taxifahrer laut los: „Machen Sie das nie wieder! Sie haben mich ja zu Tode erschreckt!“

Der Fahrgast ist ganz baff und entschuldigt sich verwundert: „Ich konnte ja nicht wissen, dass Sie sich wegen eines Schultertippens dermaßen erschrecken.“ „Naja“, meint der Fahrer etwas ruhiger, „heute ist mein erster Tag als Taxifahrer. Die letzten 25 Jahre bin ich einen Leichenwagen gefahren.“

## Bei einem Treffen mit der Niedersächsischen Steuergewerkschaft erläuterte Renate Geuter die finanzpolitischen Vorstellungen der SPD-Landtagsfraktion für die kommende Legislaturperiode

**Hannover.** Die aufgabengerechte Finanzierung der öffentlichen Haushalte ist keine rein fiskalpolitische Fragestellung, sondern eine zutiefst gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidung. Sie ist Voraussetzung jeder politischen Gestaltungsfähigkeit. Die SPD-Landtagsfraktion bekennt sich zu einem leistungsfähigen Staat, der durch Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur die Voraussetzungen für den künftigen Wohlstand unseres Landes und seiner Menschen schafft.

Das wird unter den derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen keine leichte Aufgabe. Die hohe Verschuldung Niedersachsens, die strukturelle Unterfinanzierung des Landeshaushaltes und ein immenser Investitionsstau erfordern aber unser entschlossenes Handeln.

Um die dem Land Niedersachsen zustehenden Einnahmen realisieren und die Steuern für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen und gerecht erheben zu können, benötigen wir also zunächst eine leistungsfähige Finanzverwaltung. Wir müssen Bedingungen schaffen, die es gut ausgebildeten und angemessen vergüteten Beschäftigten ermöglichen, ihrer Aufgabe gerne und gewissenhaft nachgehen zu können. Wir haben in Niedersachsen großen Handlungsbedarf bei der Nachwuchsgewinnung, der zielgerich-

teten Fort- und Weiterbildung und der bedarfsgerechten Personalausstattung der Finanzverwaltung. Darin liegt eine der zentralen Zukunftsaufgaben.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich für die Verankerung eines Verschuldungsverbotes in der Niedersächsischen Verfassung ein. Nur so können alle künftigen Landesregierungen an eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik gebunden werden. In diesem Zusammenhang treten wir für eine umsichtige Haushaltskonsolidierung ein. Dabei ist es für uns natürlich, die Struktur der Landesverwaltung den aktuellen Gegebenheiten anzupassen und gemeinsam mit den Beschäftigten dort intelligent umzubauen, wo die demographische Entwicklung dies erfordert.

Gerade mit Blick auf die Schuldenbremse dürfen aber die staatlichen Institutionen auch nicht auf Einnahmen verzichten, die dringend zum Schuldenabbau und für zukunftsweisende Aufgaben benötigt werden. Wir widersetzen uns daher mit Nachdruck allen unverantwortlichen Bestrebungen, die eine weitere Verschlechterung der Einnahmehasis des Landeshaushaltes zur Folge haben und wir streben sozial ausgewogene steuerliche Maßnahmen an, um die staatlichen Finanzspielräume zu erweitern.



Im Rahmen der „Aktuellen Stunde“ im Niedersächsischen Landtag hielt Renate Geuter am 20. Juni eine Rede zum Thema:

## Solide Haushaltspolitik für soziale Gerechtigkeit statt Förderung von Schattenhaushalten - Konsequenzen aus dem Bericht des Landesrechnungshofes ziehen

... Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht sehr deutlich gemacht, dass das Bild, das Sie von Ihrer Regierung beschreiben, mit der Realität nicht übereinstimmt, weil es wesentliche Bereiche ausblendet. Ich erinnere daran, dass es in den letzten Jahren nur deshalb gelungen ist, die Nettokreditaufnahme abzusenken, weil man, Kreditermächtigungen früherer Jahre reaktiviert, Einmaleffekte wie Vermögensveräußerungen generiert und pauschale Minderausgaben herangezogen hat. Das überdeckt aber nicht die Tatsache, dass, wie der Landesrechnungshof immer wieder vermittelt hat, ein strukturelles Defizit im Niedersächsischen Landeshaushalt besteht.

...  
Meine Damen und Herren, der Landesrechnungshof hat aber noch auf ein weiteres Thema hingewiesen, nämlich auf die finanziellen Risiken außerhalb des Landeshaushaltes. Sie haben, so der Landesrechnungshof, inzwischen eine bedenkliche Größenord-

nung angenommen. Sie führen auch dazu, der Kollege Klein hat das eben angesprochen, dass das Budgetrecht des Parlaments bewusst umgangen wird und dass in diesen Schatten- und Nebenhaushalten Dinge finanziert werden, die nicht so schnell das Licht der Öffentlichkeit erblicken sollen.

...  
Meine Damen und Herren, der Landesrechnungshof hat ausdrücklich davor gewarnt, Umgehungstatbestände im Zusammenhang mit der Schuldenbremse weiterhin offenzuhalten. Vor diesem Hintergrund kann ich eigentlich nur ein Fazit ziehen: Ihre Gesetzentwürfe zur Schuldenbremse führen die Intentionen der Schuldenbremse ad absurdum, weil sie genau diese Umgehungstatbestände eröffnen. Ihr Vorschlag ist vor diesem Hintergrund nicht wegweisend, sondern aus meiner Sicht gibt es dazu nur ein Urteil: gewogen und für zu leicht befunden.

Die Rede im finden Sie in Gänze hier: [www.renate-geuter.de/content/367143.php](http://www.renate-geuter.de/content/367143.php)

## Cloppenburgern besuchen Blisterzentrum



**Bösel.** Im Rahmen einer Unterbezirksvorstandssitzung besuchten die Vorstandsmitglieder das Weser-Ems Blisterzentrum in Bösel. Das Zentrum bildet die direkte Verbindung zwischen Patient und Apotheke und leistet somit einen wertvollen Beitrag für die stabile Versorgung in ländlichen Gebieten. Die Verblisterung wird durch die Apotheke vor Ort gesteuert - dies bewahrt die Verbindung zwischen Apotheke und Heimen und bietet viele Vorteile.



[www.spd.de/Partei/Mitglied\\_werden](http://www.spd.de/Partei/Mitglied_werden)

# SPD-Landespolitiker bei Kornkraft zu Besuch

## Naturkost-Branche fordert mehr Geld für Qualifizierung und Ausbildung

Huntlosen. Im Rahmen ihrer Sommerreise besuchten fünf SPD Mitglieder des Ausschusses für ländliche Räume, Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Demografie im niedersächsischen Landtag den Großhändler für Naturkost Kornkraft in Huntlosen.

Nach einer Betriebsbesichtigung unter der Führung der beiden Inhaber Sabine Moeller-Schritt und Jochen Schritt, zeigte sich die hiesige Landtagsabgeordnete Renate Geuter, die ihre Landtagskollegen zum Besuch von Kornkraft eingeladen hatte, angetan von dem nachhaltigen Konzept des Unternehmens:



„Hier greift alles ineinander unter der Prämisse, ökologisch und energieschonend zu arbeiten. Ökonomie und Ökologie schließen sich eben nicht aus, sondern können sehr gut miteinander harmonieren“. Zum Beispiel sind bei Kornkraft die Lager- und Kühllhallen so gebaut und die Lagerabläufe so organisiert, dass der Energieverbrauch so gering wie möglich gehalten wird. Kornkraft wurde unter anderem für dieses Lagerkonzept mehrfach ausgezeichnet: 2012 als Gewinner des Wettbewerbs „Fit für den Klimawandel“. Das Preisgeld wird im Unternehmen für ein innerbetriebliches Vorschlagswesen zum Thema Nachhaltigkeit genutzt.



Das Ehepaar Schritt gab den SPD Landespolitikern einen Auftrag mit auf den Weg: Sie fordern zusammen mit dem Bundesverbandes Naturkost Naturwaren (BNN), dass eine Zusatzausbildung zur/m Kauffrau/-mann für Naturkost eingerichtet wird. „Die zusätzlichen Kosten, die durch das Fehlen dieser Weiterbildungsmöglichkeit für die Firmen in diesem Bereich anfallen, sind enorm. Hier brauchen wir dringend Unterstützung“, erläuterte Jochen Schritt.

Die Firma Kornkraft besteht seit über 30 Jahren und hat seit 1986 ihren Sitz in Huntlosen. Von hier aus werden rund 9.000 Naturwaren, vom Apfel bis zur Zahnbürste, in Norddeutschland vertrieben. 60 Prozent der Waren kommen aus der Region. Obst und Gemüse wird direkt beim Erzeuger bestellt. Seit gut 25 Jahren ergänzt ein Bioladen mit 3.000 Produkten auf 200 Quadratmetern das Areal. Eine Besonderheit ist die „Bio von hier“ Auszeichnung, die dem Verbraucher zeigt, welche Produkte aus der hiesigen Region kommen und woher genau. Das Unternehmen ist EMAS-zertifiziert. Dieses Qualitätssiegel wurde von der Europäischen Union entwickelt und zertifiziert Unternehmen, die nachweislich ihre Umweltbilanz innerhalb der gesamten Betriebsführung verbessern wollen.

## Budgetrecht des Parlaments methodisch ausgehöhlt

Zur offiziellen Vorstellung des Jahresberichts 2012 des Landesrechnungshofes erklärt die haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Renate Geuter:

**Hannover.** „Anders als in den Vorjahren hat uns der Landesrechnungshof heute nicht nur eine simple Liste von Verfehlungen der Landesregierung vorgelegt. Der aktuelle Bericht legt die Vermutung nahe, dass es bei dieser Landesregierung Methode hat, das Budgetrecht des Parlaments auszuhöhlen. Der Landesrechnungshof hat sich dankenswerterweise der Problematik der Schattenhaushalte angenommen. Es ist noch nicht einmal ansatzweise klar, welche Risiken für den Landeshaushalt durch Haftungsübernahmen und ausgelagerte Einrichtungen bestehen. Diese Dinge müssen zwingend bei der weiteren Diskussion zur Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung angesprochen werden.“

Es ist unerträglich, dass es der Landesregierung in der Vergangenheit offen-bar egal war, dass die personel-

len Ressourcen der Finanzverwaltung nicht ausreichen, um alle Erbschaftsteuerfälle bewältigen zu können. Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer fließen allein dem Land zu. Ebenso unerträglich ist der Umgang des Innenministeriums mit der Vergabe von Gutachter- und Beraterverträgen. Dort wurden beharrlich Regeln zur Korruptionsprävention ignoriert. Wir fühlen uns in unserer diesbezüglichen Kritik voll bestätigt.

Über die Umstände, die zur Landesförderung des Maritimen Campus in Elsfleth geführt haben, ist bereits berichtet worden. Dazu nur so viel: Der Landesrechnungshof hat die Sinnhaftigkeit der Einrichtung nicht infrage gestellt. Das tun auch wir nicht. Aber, es wurde vom Landesrechnungshof belegt, dass Steuergelder völlig unnötig und auf unzulässige Weise in das Projekt gesteckt wurden. Über das ‚Warum‘ wird noch zu sprechen sein. Eines steht aber fest: So einen Fall hat es noch nie zuvor in Niedersachsen gegeben.“

## Nichts Neues in Sachen Erdverkabelung



**Ganderkesee.** Zu einer Veranstaltung mit dem Thema Netzausbau hatte das Niedersächsische Umweltministerium in Ganderkesee eingeladen. Nicht nur zur Enttäuschung der anwesenden SPD Landespolitiker Renate Geuter und Axel Brammer, sondern auch aller anderen rund 100 Gäste, unter ihnen Rolf Oetken und Christel Zießler vom SPD Ortsverein Ganderkesee, wurde seitens des Netzbetreibers Tennet und auch seitens der Landesregierung wenig Neues berichtet. Zum Unmut aller war die Veranstaltung sehr kurzfristig angekündigt, weitere Informationsveranstaltungen finden zentral in Hannover statt.



# Zinsbegrenzung für Dispokredite, kostenloses Girokonto für Finanzschwache - Landesregierung soll nachhaltige Impulse setzen für die Stärkung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken

Rede von Renate Geuter im Niedersächsischen Landtag am 22.06.2012

... Wir haben festgestellt, dass Deutschland in der europäischen Krise vergleichsweise gesund dasteht. Dennoch gehören die Dispozinsen hierzulande zu den höchsten. Das ist ein sehr lukratives Geschäft für die Banken. Während die EZB den Leitzins seit Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 in mehreren raschen Schritten von 4 % auf nur noch 1 % senkte, tat sich bei den Dispozinsen vergleichsweise weniger. Im europäischen Vergleich rangiert Deutschland, das bislang gut durch die Krise gekommen ist, weit oben. Sogar die angeschlagenen griechischen Geldinstitute verlangen im Schnitt mit 10,9 % kaum mehr als die deutschen.

...

Die Dispozinsen im zweistelligen Bereich sind ein Ärgernis vor allem deshalb, weil sich Banken nach wie vor wegen der Finanz- und Schuldenkrise Geld zu einem historisch niedrigen Zinssatz leihen können. Von daher sind wir der Meinung, dass hier Handlungsbedarf besteht. Wir halten aber wenig davon, dies über das Niedersächsische Sparkassengesetz zu ändern.

...

Ein anderer wichtiger Punkt, den Sie ansprechen, ist das Girokonto. Ein Girokonto ist heutzutage eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am modernen Wirtschaftsleben. Bürgerinnen und Bürger ohne Girokonto sind von wichtigen Funktionen ausgeschlossen. Ich erinnere nur daran, dass es in Niedersachsen die Regelung gibt, dass man ein Auto nur dann zulas-

sen kann, wenn man eine Einzugsermächtigung erteilt. Das heißt, Menschen ohne Girokonto können hier in Niedersachsen nicht einmal legal ein Auto zulassen. Schon seit 1995 haben die Spitzenverbände der deutschen Kreditwirtschaft ihren Mitgliedern empfohlen, jedem Verbraucher auf Wunsch ein Guthabenkonto zur Verfügung zu stellen. Ein solches Konto soll zumindest die Entgegennahme von Gutschriften, Bareinzahlungen und –auszahlungen sowie die Teilnahme am Überweisungsverkehr ermöglichen. Dieser Vorschlag ist aus der Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums abgeleitet. Im Jahr 2006 haben der Bund und der Verband der Kreditwirtschaft mit einem Maßnahmenpaket versucht, diese Situation noch einmal zu verbessern. Alle zwei Jahre gibt es einen Bericht der Bundesregierung, wie sich die Situation eines Girokontos für jedermann gestaltet. Gerade im April dieses Jahres hat man im Deutschen Bundestag im Rahmen einer Anhörung über diese Thematik intensiv gesprochen und festgestellt, dass die deutschen Banken ihrer Verpflichtung eben nicht so nachkommen, wie es ursprünglich angedacht war.

Insofern halten wir eine Regelung, die ein Girokonto für jedermann für jede Bank zur Vorgabe macht, für richtig und wichtig.

...

Die Rede in Gänze finden Sie **hier**:

[www.renate-geuter.de/content/370555.php](http://www.renate-geuter.de/content/370555.php)

## Dialog Regierungsprogramm

Ganz bewusst legt die SPD Niedersachsen zur Landtagswahl 2013 noch kein endgültiges Regierungsprogramm vor, sondern stellt in Dialogpapieren ihre Überlegungen und Ideen zu einzelnen Themenfeldern vor und freut sich über Anmerkungen, Lob und Kritik.

Alle Interessierten sind herzlich zum Mitmachen und Mitdiskutieren eingeladen.

Rückmeldungen sind auf vielfältige Weise möglich: per E-Mail, Brief oder direkt im Internet unter: <http://www.renate-geuter.de/reden-sie-mit/>

Am 10. November 2012 will die SPD als Abschluss und auf Grundlage dieser Dialogreihe das Regierungsprogramm der niedersächsischen SPD für die Jahre 2013 bis 2018 erstellen.

## SPD Abgeordnete informierten sich über Bürgerwindpark Scharrel

**Scharrel.** Beeindruckt zeigten sich die SPD Mitglieder des Arbeitskreises Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung von dem Projekt des Bürgerwindparks in Scharrel. Die Landtagsabgeordnete Renate Geuter hatte ihre Kolleginnen und Kollegen in ihren Wahlkreis eingeladen, um sie dort über das derzeit größte Investitionsvorhaben im Landkreis Cloppenburg zu informieren.

Besonders angetan zeigten sich die Abgeordneten davon, dass die Grundeigentümer in diesem Windpark direkt beteiligt sind und auch die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, Anteile an diesem Projekt zu zeichnen. „Damit ist gewährleistet, dass ein großer Teil der Wertschöpfung auch in der Region bleibt“, lobte Geuter. Besonders erfreut zeigten sich die Geschäftsführer des Windparks Christoph Gravel und Guido Reiners über den reibungslosen Ablauf der Planungen. „Die Tatsache, dass es im Laufe des Verfahrens keine wesentliche Einwendungen gab zeigt die Akzeptanz für dieses Vorhaben in der Gemeinde“ so die Vertreter der Raiffeisenbank Scharrel.

An die Politiker richteten die Geschäftsführer des Windparks die Bitte, für Planungssicherheit im Bereich der Regelungen des EEG zu sorgen. Planung und Umsetzung eines derartig ambitionierten Vorha-



bens dauert eine gewisse Zeit, die ursprünglich kalkulierten Zahlen dürften nicht im Laufe des Verfahrens durch kurzfristige Rechtsänderungen ihre Grundlage verlieren.

Das in Scharrel praktizierte Modell könne Vorbildfunktionen auch für andere Regionen in Niedersachsen haben, zeigten sich die Abgeordneten überzeugt. „Bei aller öffentlichen Diskussion zum Thema Banken darf eines nicht vergessen werden: Gerade die regional strukturierten Banken im ländlichen Raum zeigen deutlich, dass sie sich ihrer Region und den dort lebenden Menschen verpflichtet fühlen. Das Projekt in Scharrel, das von der dortigen Bank koordiniert wird, ist dafür ein herausragendes Beispiel“, so Renate Geuter.

## Rekommunalisierung von Netzen – ja oder nein?

Der Unterbezirk Cloppenburg hatte Mitte Juni zum Thema „Rekommunalisierung von Netzen“ hochkarätige Podiumsteilnehmer eingeladen, unter ihnen MdL Renate Geuter. Chancen und Risiken einer Rekommunalisierung von Netzen müssen sorgfältig abgewogen werden. Von großer Bedeutung waren auch die Bedenken von ver.di, die sich Sorgen um die Mitarbeiter bei den jetzigen Netzbetreibern wie zum Beispiel der EWE macht, wenn die Netze anderweitig übernommen würden.



## Die SPD-Landtagsabgeordneten Renate Geuter und Axel Brammer trafen sich am „Preußen-Stein“ an der alten Grenze zwischen Oldenburg und Preußen

**Wildeshausen/Harpstedt.** Zwischen der Kreisstadt Wildeshausen und der Samtgemeinde Harpstedt ist dort auch die Grenze der beiden Wahlkreise. Die Stadt Wildeshausen gehört zum WK 66 Cloppenburg-Nord, die Samtgemeinde Harpstedt zum WK 64 Oldenburg-Land. Altbürgermeister Franz Duin und Altlandrat Hermann Bokelmann, denen der Stein vor einigen Jahren bei einem Termin an der Hunte aufgefallen war, zeigten den beiden Landtagsabgeordneten Renate Geuter und Axel Brammer Ihre „Grenze“ auf, und überraschten die Landtagsabgeordneten mit einem kleinen Geschichtsunterricht über die „Staatszugehörigkeit“ der engeren Heimat in früheren Jahrhunderten.



Denn an der Grenze zwischen Wildeshausen und Reckum markiert ein „Preußen-Stein“ die frühere Grenze zwischen dem Großherzogtum Oldenburg und der früheren Provinz Hannover des Landes Preußen. Da 1946 das Land Niedersachsen gebildet wurde, besteht seitdem diese Landesgrenze nicht mehr. Seit der Kreisreform von 1977 ist es nur noch die Grenze zwischen der Stadt Wildeshausen und der Gemeinde Winkelsett in der Samtgemeinde Harpstedt im Landkreis Oldenburg.

Der Preußen-Grenzstein ist deshalb eine Besonderheit, weil die alte Grenze zwischen Hannover und Oldenburg schon seit dem 18. Jahrhundert mit dicken Feldsteinen (Findlinge) mit O und H markiert ist. Auf der Karte der Kurhannoverschen Landesaufnahme

von 1773 sind die Standorte der Grenzsteine vom Varreler/Dünsener Bach in Mackenstedt/Blocken bis zur Flachsbäke in Dötlingen mit den Nummern 1 bis 81 eingezeichnet.

Zu der Zeit stand Oldenburg unter dänischer Herrschaft. Das Amt Wildeshausen gehörte damals zum Kurfürstentum Hannover und kam erst 1803 zu Oldenburg. Daher stehen zwischen Mahlstedt und Wildeshausen keine alten Findlinge als Grenzsteine mit O und H.

Der „Preußen-Stein“ zwischen Wildeshausen und Reckum kann aber erst nach 1866 gesetzt worden sein, als Preußen sich das Königreich Hannover einverleibte.

### Pfiffig: Der Plakatgenerator



„Damit die Kreativität im Vorwahlkampf nicht zu kurz kommt, können auf der Internetseite [www.stephanweil.de](http://www.stephanweil.de) „eigene Versionen“ einer Plakatreihe für Stephan Weil erstellt werden. Alle sind herzlich eingeladen, von dieser Möglichkeit regen Gebrauch zu machen.

Das Verfahren ist einfach und damit nutzerfreundlich angelegt. Der Plakatgenerator kann im Internet über <http://www.stephanweil.de/aktuell/plakatgenerator/> aufgerufen und der Text eingegeben werden. Per E-Mail erfolgt dann die Freigabe des Textes.

## Förderschulen fehlen sozialpädagogische Fachkräfte – Scheitert die Neuausschreibung von Stellen an fehlenden Haushaltsmitteln?

Förderschulen bleiben in Niedersachsen auch nach der Einführung der inklusiven Schule mit den Schwerpunkten emotionale und soziale Entwicklung, geistige Entwicklung, Hören, Körperliche und Motorische Entwicklung, Lernen (nur Sekundarbereich I), Sehen und Sprache bestehen. Eltern von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung sollen zukünftig ein Wahlrecht erhalten, ob ihr Kind die allgemeinbildende Schule oder eine Förderschule besuchen soll.

Förderschulen sind dringend auf den Einsatz von pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (meist Heil- und Sozialpädagogen) in unterrichts begleitender und therapeutischer Funktion angewiesen, die sich um gerade um die Kinder bemühen, die einen erhöhten Bedarf an individueller Zuwendung haben.

Inzwischen liegen Informationen vor, wonach Förderschulen, die in diesem Jahr Anträge auf Zuweisung von pädagogischen Mitarbeiterstellen (Sozialpädagogen) gestellt haben, abgewiesen wurden mit dem Hinweis, in ganz Niedersachsen würden keine derartigen Stellen mehr ausgeschrieben. Diese Ableh-

nung soll begründet worden sein mit der anstehenden Inklusion und den damit verbundenen Kosten:

**Vor diesem Hintergrund fragt Renate Geuter die Landesregierung:**

1. In welchem Umfang werden aus Sicht der Landesregierung auch zukünftig an Förderschulen pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigt und ist dieser Bedarf bereits gedeckt?
2. Liegen den Schulbehörden für das Schuljahr 2012/2013 Anträge von Förderschulen für die Zuweisung von Stellen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor und, wenn ja, in welchem Umfang und wie werden diese beantwortet?
3. Geht die Landesregierung davon aus, dass aus dem Etat für die Förderschulen zukünftig Mittel für Maßnahmen der Inklusion frei werden und, wenn ja, in welchem Umfang?

Die Antwort zur Anfrage finden Sie **hier**:

[www.renate-geuter.de/content/367149.php](http://www.renate-geuter.de/content/367149.php)

## Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl 2013



Im Frühjahr 2012 wurden in den 87 Wahlkreisen des Landes Niedersachsen die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD zur Landtagswahl 2013 nominiert. Die ersten Konferenzen fanden am 19. Januar 2012 statt, die Kür der Kandidatinnen und Kandidaten war am 12. Mai 2012 abgeschlossen.

Bei der LandesvertreterInnenversammlung am 7. Juli 2012 in Hameln wurde dann die Landesliste (LL) der SPD beschlossen. Niedersachsens SPD-Landeschef Stephan Weil wurde auf Platz 1 der Landesliste gewählt. 98,95 Prozent der Delegierten stimmten für Weil.

Aus Weser-Ems erhielt neben Olaf Lies (Platz 3), Johanne Modder (8) auch Renate Geuter mit Platz 10 eine Anerkennung für ihre gute Arbeit als finanzpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion.

Sehr ausführliche Informationen: [www.entdecke-niedersachsen.de/kandidaten](http://www.entdecke-niedersachsen.de/kandidaten)

## **Jahressteuergesetz 2013 sieht kürzere Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Steuerrecht vor – Wie will die Landesregierung zukünftig eine zeitnahe Betriebsprüfung sicherstellen?**

Das Bundeskabinett hat am 23. Mai 2012 den Gesetzentwurf zum Jahressteuergesetz 2013 mit 49 Steuerrechtsänderungen aus unterschiedlichen Steuerbereichen beschlossen. Eine Neuregelung bestimmt, dass Unternehmen künftig Rechnungen und Belege von 2013 an nur noch acht statt 10 Jahre aufbewahren müssen. In einem weiteren Schritt wird die Frist ab 2015 auf sieben Jahre verkürzt. Betriebsprüfungen müssen innerhalb dieser Fristen und damit deutlich zeitnäher als bisher erfolgen. Es ist noch unklar, wie dieses von den Finanzbehörden in Niedersachsen umgesetzt werden kann, weil die Anzahl der Betriebsprüfer in Niedersachsen schon in den letzten Jahren deutlich hinter den Personalbemessungswerten zurückgeblieben ist. Bereits heute müssen Einnahmepotenziale ungenutzt bleiben, weil die Betriebsprüfung nicht rechtzeitig erfolgen kann. Da den Finanzämtern zukünftig weniger Prüfungszeit verbleibt, besteht die Gefahr, dass nicht ausreichend Prüfungen durchgeführt werden können.

**Vor diesem Hintergrund fragte Renate Geuter die Landesregierung:**

1. Wie hoch war der Personalbestand an Betriebsprüfern in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) im Jahresdurchschnitt 2010, 2011 und 2012 und welche Entwicklung ist für 2013 vorgesehen?
2. Wie viele Betriebsprüfungen haben in den Jahren 2010 und 2011 erst nach Ablauf von 7 bzw. 8 Jahren stattgefunden?
3. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der geplanten Änderung im Jahressteuergesetz 2013 für die zukünftige Personalausstattung im Bereich der Betriebsprüfungen?

Die Antwort der Landesregierung finden Sie **hier**:  
[www.renate-geuter.de/content/371103.php](http://www.renate-geuter.de/content/371103.php)

---

## **Hält die Landesregierung die Bewirtungsaufwendungen anlässlich der Veranstaltungen des Clubs 2013 für als gewinnmindernde Betriebsausgaben für steuerlich absetzbar?**

Der Club 2013 ist ein CDU-naher Zirkel aus Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur der nicht nur als Forum für den Austausch auch mit Mitgliedern der Landesregierung dient, sondern, darüber hinaus auch die CDU Niedersachsen finanziell tatkräftig unterstützt.

Ausweislich des Geschäftsberichts der CDU Niedersachsen des Jahres 2010 setzt sich dieses Unterstützer-Netzwerk für den Machterhalt der Christdemokraten nach der Landtagswahl 2013 ideell und finanziell ein.

Einzelne Club-Mitglieder laden in regelmäßigen Abständen zu Treffen mit Kabinettsangehörigen ein, eine exklusive Bewirtung gehört jeweils zum Veranstaltungsprogramm. Vertreter öffentlicher Einrichtungen, die ebenfalls an entsprechenden Club-Treffen teilgenommen haben, erklären, dass es ihnen dabei um die Kontaktpflege zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gegangen sei.

Die Anfrage in Gänze mit Antwort der Landesregierung finden Sie **hier**:  
<http://www.renate-geuter.de/content/371104.php>

Nach dem Einkommensteuergesetz und den dazu ergangenen Einkommensteuerrichtlinien (EstR) können Firmen bei Essenseinladungen, die mit der unternehmerischen Tätigkeit zusammenhängen, die Kosten für die Bewirtung als gewinnmindernd berücksichtigen. Ebenfalls kann die auf die Bewirtung entfallende Umsatzsteuer als Vorsteuer berücksichtigt werden, wenn der Steuerpflichtige vorsteuerabzugsberechtigt ist.

**Vor diesem Hintergrund fragte Renate Geuter die Landesregierung:**

1. Hält die Landesregierung die Einladung zu Veranstaltungen des Clubs 2013 für Einladungen, die jeweils mit der unternehmerischen Tätigkeit zusammenhängen, bei denen demnach Aufwendungen für den Verzehr von Speisen, Getränken und sonstigen Genussmitteln ganz oder zum Teil abzugsfähig sind?

...

# Renate Geuters Anfragen Juni/Juli 2012

Klicken Sie zum Lesen bitte auf den blauen Link

## Juli 2012

Hält die Landesregierung die Bewirtungsaufwendungen anlässlich der Veranstaltungen des Clubs 2013 für als gewinnmindernde Betriebsausgaben für steuerlich absetzbar?

*Mit Antwort der Landesregierung*

<http://www.renate-geuter.de/content/371104.php>

Jahressteuergesetz 2013 sieht kürzere Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Steuerrecht vor – Wie will die Landesregierung zukünftig eine zeitnahe Betriebsprüfung sicherstellen?

*Mit Antwort der Landesregierung*

<http://www.renate-geuter.de/content/371103.php>

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ - Belastung von Erntegut und Böden durch nichtsachgerechten Einsatz von Nematiziden und Probleme bei Bodenproben und Kontrollen (Teil 1)

*Mit Antwort der Landesregierung*

<http://www.renate-geuter.de/content/368814.php>

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ - Belastung von Erntegut und Böden durch nichtsachgerechten Einsatz von Nematiziden und Probleme bei Bodenproben und Kontrollen (Teil 2)

*Mit Antwort der Landesregierung*

<http://www.renate-geuter.de/content/368815.php>

## Juni 2012

Große Anfrage: 2020 - das Jahr der Weichenstellungen - Länderfinanzausgleich, Solidarpakt II, Schuldenbremse, neue EU-Förderperiode - Wo sieht die Landesregierung ihren Handlungsauftrag bei der Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzverfassung für eine aufgabengerechte Finanzausstattung Niedersachsens und seiner Kommunen?

<http://www.renate-geuter.de/content/368032.php>

Förderschulen fehlen sozialpädagogische Fachkräfte – Scheitert die Neuausschreibung von Stellen an fehlenden Haushaltsmitteln?

*Mit Antwort der Landesregierung*

<http://www.renate-geuter.de/content/367149.php>

LUFA Nordwest beanstandet 70 % der überprüften Abluftreinigungsanlagen bei Schweine- und Geflügelställen – Welche gesetzlichen Anforderungen bestehen für die Überwachung dieser Anlagen und wer kontrolliert deren Einhaltung?

*Mit Antwort der Landesregierung*

<http://www.renate-geuter.de/content/367152.php>

Nachfragen zu den von der Landesregierung seit 2003 vergebenen Gutachten- und Berateraufträgen

<http://www.renate-geuter.de/content/365735.php>

---

## Impressum

ViSdP:

Renate Geuter, MdL

Moorstr. 7, 26169 Friesoythe

Telefon: 04491 4664

Email: [kontakt@renate-geuter.de](mailto:kontakt@renate-geuter.de)